

POLEN

Das BIP ist Schätzungen zufolge 2017 um mehr als 4% gewachsen, wird sich aber den Projektionen zufolge 2018-2019 etwas verlangsamen. Die Inlandsnachfrage, die durch steigende Sozialtransfers, eine zunehmend angespannte Arbeitsmarktlage und eine auf schnellere Auszahlungen von EU-Strukturfonds zurückzuführende Erholung der Investitionstätigkeit gestützt wird, trägt das Wachstum. Die Inflation wird allmählich parallel zum Lohnanstieg anziehen.

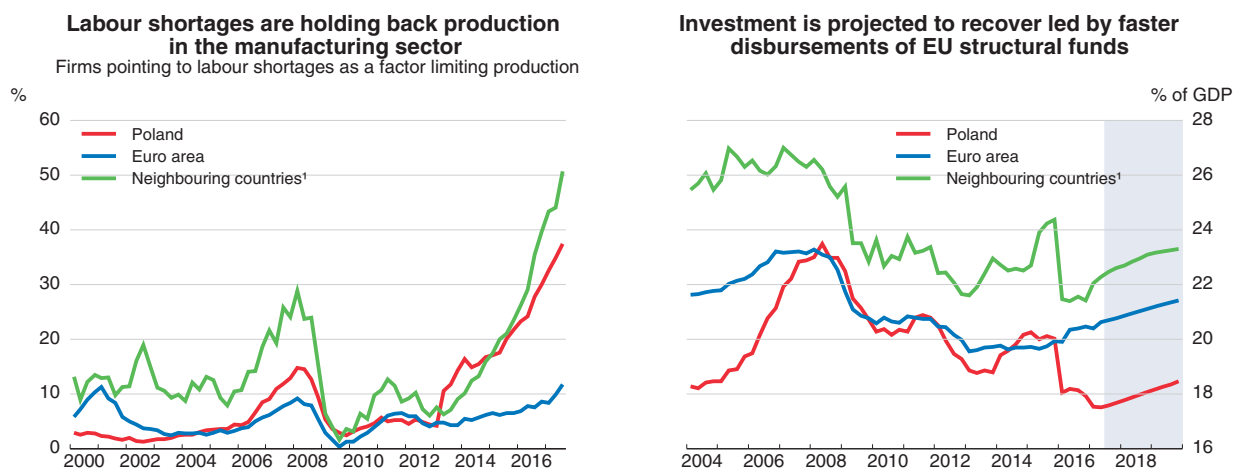
Die öffentlichen Ausgaben nehmen zu, was auf die steigenden Sozialtransfers, die jüngste Entscheidung, das Renteneintrittsalter zu senken, und einen Anstieg der Investitionstätigkeit zurückzuführen ist. Dies legt den Schluss nahe, dass zusätzliche Einnahmen erforderlich sind. Angesichts der guten Konjunkturerwicklung und der Erhöhung der Ausgaben ist jetzt eine gute Zeit, um eine Steuerreform durchzuführen. Ab Anfang 2018 wird die Geldpolitik voraussichtlich schrittweise gestrafft werden, um den Inflationsdruck zu mindern. Um die demografischen Herausforderungen zu bewältigen, sollten die Politikmaßnahmen darauf abzielen, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen und Polen für Arbeitskräfte polnischer wie auch ausländischer Herkunft attraktiver zu machen.

Die Rentabilität der Banken ist aufgrund niedriger Zinsmargen sowie steuerlicher und regulatorischer Änderungen zurückgegangen. Die Entschädigung der Inhaber von Fremdwährungshypotheken, die den Banken möglicherweise auferlegt wird, kann ihre Rentabilität weiter schwächen. Eine rasche Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses für Finanzstabilität würde dazu beitragen, die regulatorische Unsicherheit zu verringern.

Das Wachstum festigt sich, und die Anspannung am Arbeitsmarkt nimmt zu

Das Wirtschaftswachstum hat 2017 unter dem Einfluss des stärksten seit 2008 verzeichneten Konsumwachstums angezogen. Die Arbeitsmarktlage spannt sich an: Die Arbeitslosenquote hat einen historischen Tiefstand und die Zahl der offenen Stellen einen historischen Höchststand erreicht. In einigen Sektoren, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, entsteht ein Arbeitskräftemangel, und die ersten Anzeichen für zunehmenden Lohndruck

Poland



1. Unweighted average across Hungary, and the Czech Republic and the Slovak Republic.

Source: OECD Economic Outlook 102 database; and Eurostat, Business Survey Database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933632007>

Poland: **Demand, output and prices**

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Current prices PLN billion	Percentage changes, volume (2010 prices)				
GDP at market prices	1 719.8	3.8	2.9	4.3	3.5	3.2
Private consumption	1 032.6	3.0	3.9	5.1	4.0	3.3
Government consumption	312.1	2.4	1.7	2.3	3.2	2.8
Gross fixed capital formation	339.4	6.1	-7.9	1.7	5.9	6.0
Final domestic demand	1 684.1	3.5	1.0	3.9	4.2	3.7
Stockbuilding ¹	10.9	-0.2	1.2	1.3	0.0	0.0
Total domestic demand	1 695.0	3.3	2.2	5.2	4.1	3.7
Exports of goods and services	818.4	7.7	8.8	5.7	6.3	5.4
Imports of goods and services	793.6	6.6	7.9	7.3	7.1	6.4
Net exports ¹	24.8	0.6	0.7	-0.6	-0.2	-0.3
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	–	0.8	0.4	1.5	2.0	2.7
Consumer price index	–	-0.9	-0.7	1.9	2.0	2.7
Core inflation index ²	–	0.5	-0.2	0.8	1.8	2.7
Unemployment rate (% of labour force)	–	7.5	6.2	4.8	4.3	4.0
Household saving ratio, net (% of disposable income)	–	-0.6	1.2	2.1	1.9	2.3
General government financial balance (% of GDP)	–	-2.6	-2.5	-2.1	-2.3	-2.3
General government debt, Maastricht definition (% of GDP)	–	51.1	54.1	53.9	53.9	53.7
Current account balance (% of GDP)	–	-0.6	-0.3	-0.5	-0.8	-1.0

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. Consumer price index excluding food and energy.

Source: OECD Economic Outlook 102 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933632938>

sind zu erkennen. Nach einem starken Rückgang im Jahr 2016 hat die Investitionstätigkeit 2017 leicht angezogen. Der Verbraucherpreisauftrieb hat infolge des Nahrungsmittel- und Energiepreisanstiegs und des starken Konsumwachstums zugenommen.

Die Innovationstätigkeit muss gestärkt werden

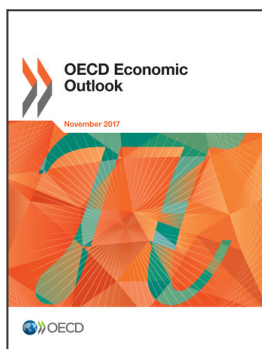
Die öffentlichen Ausgaben nehmen zu: 2017 ist das erste Jahr, in dem das „Programm 500+“, ein großzügiges Kindergeldpaket, das Schätzungen zufolge rd. 1,5% des BIP kosten wird, voll wirksam wird. Die jüngste Senkung des Renteneintrittsalters wird die öffentlichen Ausgaben zusätzlich um rd. 0,5% des BIP erhöhen. Die beiden Maßnahmen werden die mit der Bevölkerungsalterung verbundenen Herausforderungen verschärfen, indem sie eine weitere Erhöhung der Erwerbstätigenquoten von älteren Arbeitskräften und Frauen erschweren. Die öffentliche Investitionstätigkeit beschleunigt sich mit der schnelleren Auszahlung von EU-Mitteln. Die Behörden haben Maßnahmen zur Verbesserung der Steuerdisziplin eingeführt. Dadurch ist es offenbar gelungen, das öffentliche Defizit 2017 zu begrenzen, der fiskalpolitische Kurs wird 2018-2019 jedoch expansiv ausgerichtet sein. Die Zentralbank hat ihren Leitzins seit März 2015 auf dem Rekordtief von 1,5% belassen, was angemessen ist, da die Trendrate der Inflation unter dem Zielwert verharrt. Der Inflationsdruck wird den Projektionen zufolge unter dem Einfluss der aus der zunehmenden Anspannung auf dem Arbeitsmarkt resultierenden Beschleunigung des Lohnwachstums jedoch stetig steigen. Die Zentralbank wird deshalb wahrscheinlich Anfang 2018 einen Straffungszyklus einleiten.

Der Anstieg des Lebensstandards in Polen ist beachtlich. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, die Innovationstätigkeit zu fördern, um das Produktivitätswachstum zu steigern und so den zunehmenden Wohlstand und Sozialschutz zu sichern. Die Universitäten und Forschungseinrichtungen sollten mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet werden. Die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Forschungsinstituten muss verbessert werden, um die Kommerzialisierung öffentlicher Forschungsergebnisse zu unterstützen. Die Entwicklung externer Finanzierungsoptionen zur Förderung der Innovationstätigkeit, wie beispielsweise Wagniskapitalinvestitionen, würde die Innovationstätigkeit ebenfalls stärken. Politikmaßnahmen, die darauf abzielen, qualifizierte Migranten anzuziehen, würden helfen, die demografischen Herausforderungen zu bewältigen und zugleich Innovation und Produktivität stärken. Zusätzliche Einnahmen sind erforderlich – z.B. durch die Ausweitung von Steuerbemessungsgrundlagen und die Anhebung von Umweltsteuern –, um höhere Sozialausgaben und Investitionen in Bildung und Forschung zu finanzieren.

Die kräftige Binnennachfrage wird das BIP-Wachstum tragen

Der Konsum wird sich wahrscheinlich verlangsamen, da die Effekte der steigenden Sozialtransfers abzuklingen beginnen. Im Gegensatz dazu dürfte das Investitionswachstum trotz der politischen Unsicherheit anziehen, da die öffentlichen und privaten Akteure allmählich lernen, Mittel aus EU-Strukturfonds in Anspruch zu nehmen und die extrem niedrigen realen Zinsen nutzen. Der Inflationsdruck wird voraussichtlich parallel zu den anziehenden Löhnen zunehmen. Der starke Zustrom ukrainischer Arbeitskräfte wird den Lohnanstieg jedoch bremsen. Polen wird seine Exportmarktanteile dank der hohen qualitätsbezogenen und kostenmäßigen Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen, insbesondere im Bereich der Unternehmensdienstleistungen.

Eine über Erwartungen kräftige Entwicklung im Euroraum, Polens wichtigstem Exportmarkt, würde die Exporte ankurbeln und die Leistungsbilanz verbessern. Die Inflation könnte noch stärker anziehen, wenn die Löhne schneller steigen als projiziert. Das Zusammenwirken zunehmenden Arbeitskräftemangels, sinkender Zuwanderung ukrainischer Staatsbürger und eines durch Politikmaßnahmen verursachten Rückgangs der Erwerbsbeteiligung könnte die Löhne in die Höhe treiben, was mit Dominoeffekten auf die Inflationsdynamik einhergehen würde.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2017 Issue 2

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2017-2-en

Please cite this chapter as:

OECD (2017), "Polen", in *OECD Economic Outlook, Volume 2017 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2017-2-38-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.